

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke Herr Kollege Glauber. - Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon in der letzten Plenarsitzung, als es um einen Ausschnitt des heute diskutierten Problems ging, nämlich um die Schieflage der Automobilzulieferer, gab es bei der Abstimmung eine große Einmütigkeit. Das war sehr erfreulich. Wie wir bereits gehört haben wird es heute vermutlich ähnlich aussehen, zumal es sich um einen Berichtsantrag handelt.

Wir gehen aber davon aus und hoffen und unterstellen, dass dieser Berichtsantrag dann nicht mit Ihrem Einsatz und vielleicht einem Einsatz eines weiteren Mitglieds der Staatsregierung heute erledigt ist, sondern es bedarf darüber hinaus einer gründlichen Diskussion außerhalb des Instruments der Dringlichkeitsanträge, wie sie gerade behandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich gilt es, die Krise auszuleuchten und nach ihren Ursachen und Folgen zu fragen und selbstverständlich gilt es, Abhilfe-Puffer und Kompensationsmaßnahmen zu diskutieren und diese dann auch zu ergreifen, wobei wir uns hier im Bayerischen Landtag befinden und deshalb auch vor allem über das Instrumentarium, welches den Bundesländern zur Verfügung steht, diskutieren sollten.

Wir wissen alle, dass der wirtschaftspolitische Werkzeugkasten der Bundesländer relativ begrenzt ist. Aber es gibt ihn, und zuförderst mit der Wirtschaftsförderung gibt es auch wirkungsvolle und wichtige Instrumente. Angesagt ist hier, wirklich innovative ressourcensparende Techniken und Strukturen voranzubringen.

Eine Voraussetzung dafür, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig und stark bleibt, ist aber auch, dass wir uns beispielsweise Gedanken über entsprechende Maßnahmen in der Bildungspolitik, Stichwort Abbrecher im Ausbildungsberuf, weniger Schulabbrecher, bessere Studienbedingungen, machen. Gleichzeitig muss aber auch die Infrastruktur gestärkt werden. Stichwort beispielsweise die elend zurückhängende Breitbandversorgung auf dem Lande in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatszeitung hat neulich in einem ihrer bekannten Formate die Frage aufgeworfen, was man machen kann, um in Bayern den Wirtschaftsmotor wieder anzukurbeln. Wir meinen, die Frage ist so nicht ganz richtig gestellt. Es gilt tatsächlich, dafür Sorge zu tragen, dass der Motor nicht absäuft. In dieser Situation sind wir heute. Und selbstverständlich muss der Freistaat nach Kräften bemüht sein, Unternehmen, die sich in Schieflage befinden, zu unterstützen. Es gibt hier, angefangen von der Beratung über die Vermittlung und weitergehend über Bürgschaften bis hin zu den klassischen Finanzierungshilfen entsprechende Instrumente. Dabei muss klar sein, dass gerade bei den letztgenannten Instrumenten darauf zu achten ist, dass der Staat nicht gutes Geld schlechtem Geld hinterherwirft, dass also nicht in überkommene Strukturen bzw. in nicht tragfähige Unternehmen hineingefördert wird. Es muss vielmehr gefragt werden, inwieweit Gegenstand, Produkt und Produktionsweise zukunftsfähig und damit unterstützenswert sind. Und selbstverständlich müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie es um den Wettbewerb bestellt ist. Es darf nicht in unzulässiger Weise in den Wettbewerb eingegriffen werden. Wir müssen uns auch fragen, ob möglicherweise im Wesentlichen nur Alteigentümer und Gläubiger gestärkt werden, nicht aber das Unternehmen und seine Mitarbeiter.

Ganz grundsätzlich ist es wichtig - Herr Wirtschaftsminister, damit können wir uns weiterhin bewegen - zu betrachten: Was für ein Rahmen ist uns durch das Budget gesetzt? Dann geht es um die Fragen: Wie weit soll sich die öffentliche Hand noch verschulden? Dann geht es um die Beachtung der Regeln des Beihilferegimes der Europäischen Union und um die ordnungspolitische Grundsatzentscheidung?

In welcher Situation und wie soll der Staat Privatunternehmen überhaupt unterstützen? Es wäre hilfreich, zu einer klaren Linie zu kommen. Denn viele von uns sind nicht vor Populismus gefeit, wie wir immer wieder bei diversen Anträgen und in diversen Sitzungen erleben müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle ist etwas anderes sehr entscheidend. Dass wir ein Finanzmarktdebakel erleben, ist gar keine Frage. Aber hängt daran wirklich nur eine weltweite Konjunkturkrise, oder geht es um etwas ganz anderes? Das Finanzmarktdesaster hat uns abrupt in eine weltweite Weltwirtschaftskrise geworfen. Allerdings hatte sich die Krise schon zuvor abgezeichnet. Denken Sie an die Automobilindustrie, die los war. Denken Sie daran, wie die Rohstoffpreise wegen der Verknappungen explodiert sind. Da war klar, dass es zu einer Wirtschaftskrise kommt.

Wir müssen auch an den Klimawandel mit seinen drohenden Auswirkungen denken. Weltweit werden die Disparitäten immer größer. Das zeigt klar: Wir können nicht so weiterwirtschaften wie bisher. Es muss ein Schnitt gemacht werden. Wir meinen: Es geht aktuell nicht nur um eine Konjunkturkrise, sondern durchaus um eine Systemkrise, ja, auch um ein Systemversagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun sagen Politiker und andere, es sei möglich, die genannten Krisen nacheinander abzuarbeiten. Wir halten aber dagegen und sagen: Das ist verantwortungsloser Unfug. Jetzt ist eine andere Wirtschaftsweise notwendig.

Demzufolge ist jetzt auch ein Umsteuern in der Finanz-, der Wirtschafts- und der Steuerpolitik notwendig. Wir müssen uns also schleunigst um mehr Umwelt- und Klimaschutz kümmern sowie um Eine-Welt-Gerechtigkeit und um mehr Verteilungsgerechtigkeit auch bei uns.

Meine Damen und Herren, mit dem Folgenden befinde ich mich tatsächlich im Widerspruch zu einigen meiner Vorredner. Wohin uns die Überhöhung der Ideologie von der steten Überlegenheit marktkonkurrenzialer Steuerung auch in nichtwirtschaftlichen Lebensgebieten, die Liberalisierungs- und Privatisierungskampagnen und der Deregulierungswahn gebracht haben, hat sich jetzt deutlich manifestiert.

Damit treffe ich überhaupt keine Schuldzuweisung in irgendeine Richtung. Man muss sich vielmehr anschauen, was in Berlin passiert ist. Ich habe ja das Stichwort "Deregulierungswahn" gebracht. Was ist bei der Zulassung windiger Finanzmarktprodukte geschehen? Erlaubnisvorbehalte wurden gestrichen. Die Bankenaufsicht und die Finanzmarktaufsicht wurden immer mehr ausgedünnt. Das haben damals alle unterstützt, selbst die von Herrn Huber angesprochene Couleur, die hier nicht stattfindet. Mittlerweile könnten alle so einsichtig sein, zu sagen: Das ist es nicht gewesen.

In dem Zusammenhang gilt es auch, die Rolle des Staates wie der öffentlichen Hand insgesamt anders zu definieren. Wir brauchen einen starken Staat. Das ist gerade in Krisenzeiten notwendig. Wir kommen möglicherweise in eine länger andauernde Phase der Schrumpfung hinein. Ein starker Staat, dann kann das nicht heißen, der Staat als letzter Bürge. Vielmehr muss der Staat als Regulierer zur Verfügung stehen, auch dafür, für ein Umsteuern zu sorgen und um soziale und damit letztlich gesellschaftliche Verwerfungen zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten werden die Ränder in einem Maße gestärkt, wie wir es nicht haben wollen.

Mit dem, was ich gerade vorgetragen habe, will ich mitnichten den Markt als dominierendes Steuerungsprinzip in unserem System infrage stellen. Die Damen und Herren der CSU und der SPD wissen,

dass wir in der Hinsicht immer die eifrigsten Verfechter waren, zum Beispiel als es um die Subsidiarität oder um die drittschützende Wirkung des Mittelstandsförderungsgesetzes ging.

Wir sagen: Wo der Markt das dominierende Steuerungsprinzip ist, wollen wir keine Staatswirtschaft und keine Mischwirtschaft. Aber wir sagen ebenso klar: Der Markt ist nicht alles; er kann nicht alles; er braucht Regulierung.

Wir müssen auch dies festhalten: Die soziale Komponente unserer Wirtschaftsordnung, die in den letzten Jahren in eine beträchtliche Schiefelage geraten ist, muss wieder mehr betont werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme auf die vorhin gehaltenen Reden und den Antrag zurück. In der Begründung heißt es beispielsweise: "Wenn es nicht gelingt, die Krise rasch in den Griff zu bekommen ..." Daran haben wir arge Zweifel. Wir meinen, dass die Entwicklung durchaus länger dauert, als vielen von uns lieb wäre. Vielleicht werden die Auswirkungen auch schwerer als vermutet sein. Wir müssen uns möglicher Bandbreiten des Einbruchs bewusst sein. Wir müssen für die unterschiedlichen Bandbreiten und die unterschiedlichen Tiefen mit den entsprechenden Instrumenten und Wegen gewappnet sein.

Von einigen Vorrednern wurden beispielsweise Steuersenkungen gepredigt. Das ist in unseren Augen nichts anderes als fatal. Wir werden sehen wie schnell der Öffentlichen Hand das Steueraufkommen wegbrechen wird. Die Steuer ist auch nicht das Problem, abgesehen davon, dass dieses System unnötig verkompliziert ist. Leute, die Erwerbseinkommen, aber nicht genug Geld haben, um ordentlich konsumieren zu können, leiden nicht unter der Steuerlast, sondern unter den zu hohen Sozialabgaben. Das ist eine Tatsache, an der man viel dringender ansetzen müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich äußere einen wichtigen Gedanken. Um mit der Krise zielgreifend umgehen zu können, bedarf es einer ehrlichen Diagnose. Wir bitten Sie inständig, die Täter nicht immer zu Opfern zu stilisieren. Ich erinnere dabei an den vorigen Tagesordnungspunkt. Man darf die beiden Rollen nicht miteinander verwechseln. Das wäre Beliebigkeit. Ich erinnere an das Stichwort "Bayerische Landesbank".

Mein Fazit: Wir stimmen dem Berichtsantrag selbstverständlich zu, in der Erwartung, dann wirklich tief in medias res einsteigen und uns kritisch austauschen zu können. Vielleicht erreichen wir in dem einen oder anderen Punkt Übereinstimmung.

Wir stimmen mit Sicherheit nicht jeder Aussage unserer Vorredner zu. Aber ich bitte um eine breite Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)